

## Beschluss (Post)Koloniale Erinnerungskultur in Hamburg stärken, Forschungsstelle „Hamburgs (post)koloniales Erbe“ der Universität Hamburg sichern und verstetigen

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 27.04.2024  
Tagesordnungspunkt: 9 Anträge

### Antragstext

1 Deutschland war 1914 das drittgrößte Kolonialreich der Welt. Es richtete 1884  
2 die so genannte „Afrika-Konferenz“ aus, die die Aufteilung des afrikanischen  
3 Kontinentes unter den europäischen Mächten organisierte. Deutschland trägt  
4 deshalb eine besondere Verantwortung gegenüber dem Globalen Süden, die  
5 Geschichte des Kolonialismus aufzuarbeiten.

6 Hamburg – mit seinem Hafen, den Reedereien und Kaufleuten – und Berlin – als  
7 Sitz der Regierung, die die Afrika-Konferenz ausrichtete –, bildeten die Achse  
8 des deutschen Kolonialismus. Eine Aufarbeitung auch der Wissensgeschichte des  
9 Kolonialismus und ein dekoloniales Erinnerungskonzept muss diese Achse  
10 berücksichtigen. Sinnvoll ist eine vom Bund geförderte wissenschaftliche und  
11 erinnerungskulturelle Aufarbeitung. Bereits vor 2021 haben Bündnis 90/Die GRÜNEN  
12 hierzu diverse Vorstöße gemacht. Seit der grünen Regierungsbeteiligung ist unter  
13 der Federführung des Auswärtigen Amtes unter unserer grünen Außenministerin  
14 Annalena Baerbock die Restitution entwendeter Kulturgüter – etwa mit der  
15 Rückgabe der Benin-Bronzen – angelaufen. Die Konzepte einer feministischen  
16 Außenpolitik und damit verbunden auch einer feministischen  
17 Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen wichtige Erkenntnisse auch der  
18 historischen postkolonialen Forschung. Denn die von Europa ausgehende  
19 Unterwerfung des Globalen Südens war von Anfang an auch mit der Etablierung und  
20 Festigung der Geschlechterhierarchien und Marginalisierung weiter  
21 Bevölkerungsgruppen im Inneren und dem ‚Export‘ der hiermit verbundenen  
22 Denkmuster verbunden. Die Ausbeutung von Frauen durch unbezahlte Care-Arbeit und  
23 die Ausbeutung der Länder des globalen Südens sind zwei Seiten derselben  
24 Medaille. Dass diese Zusammenhänge sichtbar werden, dass Konzepte wie  
25 „feministische Außen- und Entwicklungspolitik“ Teil der Debatte und zur  
26 Grundlage politischen Handels geworden sind, ist das Verdienst mutiger grüner  
27 Frauen.

28 Gegenwärtig geraten – infolge der multiplen Krisen und des Erstarkens der  
29 Rechten und der von diesen betriebenen Polarisierung und Spaltung der  
30 Gesellschaft – auch solche Konzepte unter Beschuss. Die nötige Aufklärung ist  
31 damit in Gefahr. Denn die Strategie der Rechten besteht wesentlich darin, Ängste  
32 vor sozialem Abstieg, sozialer Exklusion und Ohnmachtserfahrungen auszunutzen,  
33 um durch eine Rückbesinnung auf tradierte Rollenbilder, Vorstellungen  
34 vermeintlich nationaler Größe und der Selbsterhebung gegenüber Minderheiten die  
35 gesellschaftliche Solidarität auszuhöhlen.

36 Daher halten wir es für unabdingbar, eine offensive dekoloniale Wissenschafts-  
37 und Erinnerungspolitik voranzubringen. Aufklärung ist – wie wir Deutsche aus der  
38 Aufarbeitung der Nationalsozialismus gelernt haben – schmerzhaft, und zwar bis  
39 in persönliche Familienstrukturen hinein. Dies gilt auch für die Geschichte  
40 einer Stadt.

41 So verdiente Hamburg massiv am Handel mit Kautschuk, Palmöl und Kakaobohnen. Der  
42 Baakenhafen in der HafenCity war Ausgangspunkt der Truppen, die im 20.  
43 Jahrhundert nach Südwestafrika abfuhr. Auch Lothar von Trotha, der für den  
44 ersten deutschen Genozid in der deutschen Geschichte verantwortlich ist, fuhr  
45 von Hamburg aus los. Ca. 100.000 Herero und Nama wurden von deutschen Truppen  
46 ermordet. Die Schiffe stammten vom Hamburger Kaufmann und Reeder Adolph  
47 Woermann.

48 Wir sehen in einem angemessenen Umgang mit dieser Geschichte ein großes  
49 Potenzial. Hamburg kann in der Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte  
50 seine Funktion als ‚Leuchtturm‘ ausbauen – und damit auch ein Bollwerk gegen den  
51 gegenwärtig in ganz Europa zu beobachtenden Rechtsruck sein. Als Hamburger GRÜNE  
52 setzen wir uns daher weiter dafür ein, die Erinnerungskultur hier in unserer  
53 Stadt offensiv fortzusetzen und die dekoloniale Forschung in Hamburg fest zu  
54 verankern. 2014 hat der Hamburger Senat die Forschungsstelle "(Post)Koloniales  
55 Erbe" eingerichtet, um den Kolonialismus in Hamburg aufzuarbeiten. Die  
56 Forschungsstelle erforscht „[...] Dynamiken, Repräsentationen, Nachwirkungen und  
57 Kontroversen des (deutschen) Kolonialismus und der Globalisierung (oder  
58 richtiger: der Kolonialismen und Globalisierungen) in Vergangenheit und  
59 Gegenwart und ihre komplexen Verbindungen und Bedeutungen für postkoloniale  
60 Gesellschaften [...]“ Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung  
61 unserer kolonialen Geschichte. Mit einer geplanten neuen Profilinitiative zu  
62 „(Post)Kolonialen Ordnungen“, deren Teil die Forschungsstelle ist, setzt die  
63 Universität Hamburg diese Schwerpunktsetzung fort und bettet sie weiter  
64 interdisziplinär ein.

65 Seit 2017 gibt es in Hamburg außerdem den Runden Tisch „Koloniales Erbe“, an dem  
66 Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam über Strategien diskutieren.

67 2019 wurde dann zusätzlich ein Beirat zur Dekolonisierung Hamburg einberufen,  
68 der aus Expert\*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultur, Bildung,  
69 Medien, Soziales, Wirtschaft und Verwaltung besteht. Ein vom Beirat erarbeitetes  
70 Eckpunktepapier wird aktuell zu einem gesamtstädtischen dekolonisierendes  
71 Erinnerungskonzept ausgearbeitet, welches der Bürgerschaft 2024 als Drucksache  
72 vorgelegt werden soll.

73 Ein zentraler Bestandteil einer postkolonial orientierten Politik ist nicht nur  
74 der Blick und Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch die Gestaltung der  
75 Gegenwart und Zukunft. Auch in Anbetracht der gegenwärtigen Veränderungen der  
76 globalen Weltordnung wird die hiermit verbundene Verantwortung unübersehbar:  
77 Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist deutlich  
78 geworden, dass viele Staaten im globalen Süden weniger dem Westen, sondern mit  
79 dem Schwinden des amerikanischen Einflusses zunehmend ihren eigenen Interessen  
80 folgen: Eine klare, ehrliche und selbstkritische Auseinandersetzung des Westens  
81 mit der eigenen kolonialen Vergangenheit, der auch den selbstkritischen Umgang  
82 mit den Doppelstandards bei der Durchsetzung von Werten einbezieht, würde ein  
83 positives Signal an Staaten mit kolonialer Erfahrung senden und könnte  
84 verhindern, dass autoritäre Staaten diese Situation ausnutzen und ihren  
85 Einflussbereich ausbauen können. Als „Tor zur Welt“ – in einem gegenwärtigen  
86 Selbstverständnis, das auch die dunklen Seiten der historischen Perspektive  
87 nicht ignoriert, – hat Hamburg ein immenses Potenzial hier voranzuschreiten und  
88 ist bereits auf dem Weg:

89 Hamburg hat daher die Senatsdrucksache im Jahr 2014 auch in den Rahmen der  
90 Partnerschaft mit Dar es Salaam in Tansania gestellt. Zwischen den beiden  
91 Städten besteht seit 2010 eine Partnerschaft, diese wurde 2022 auch nochmals  
92 bekräftigt und vertieft. Daneben gibt es seit 1989 eine Partnerschaft zwischen  
93 Hamburg und León in Nicaragua.

94 Die Zusammenarbeit mit Dar es Salaam findet in verschiedenen Themenfeldern  
95 statt, insbesondere durch zivilgesellschaftliche Organisationen, die vom Senat  
96 gefördert werden. Der Senat bringt sich teilweise aber auch über die  
97 Senatskanzlei direkt ein, beispielsweise bei Projekten mit Mexiko-Stadt oder  
98 auch Dar es Salaam mit dem Bund-Länder-Programm, welches vom Bundesministerium  
99 für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und von der  
100 Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH aus dem GIZ  
101 Regionalbüro in Hamburg umgesetzt wird. Dabei unterstützt Hamburg beispielsweise  
102 über die HafenCity Universität und HamburgWasser das Starkregenwassermanagement  
103 in einer Gesundheitsstation in Dar es Salaam. Darüber hinaus arbeitet Hamburg  
104 auch im Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit zu  
105 entwicklungspolitischen Themen. Hamburg hat dabei als nur eines von vier  
106 Bundesländern keine ausformulierten entwicklungspolitischen Leitlinien und das,  
107 obwohl es im Vergleich zu den anderen Bundesländern viele Mittel dafür  
108 bereitstellt. Als Bundesland hat Hamburg hier keinen ausdrücklichen Auftrag sich  
109 zu engagieren, aber es ist wichtig, dass Hamburg seine Verantwortung ernst  
110 nimmt, sei es bezüglich der kolonialen Vergangenheit, aber auch wegen unseres  
111 Beitrags zur Klimakrise.

112 Wir begrüßen das bestehende Engagement Hamburgs ausdrücklich. Doch aus unserer  
113 Sicht muss hier noch deutlich mehr passieren.

114 Seit einem Jahr gibt es auf Bundesebene das Ziel einer feministischen  
115 Entwicklungszusammenarbeit mit einem expliziten Fokus auf eine dekoloniale  
116 Umsetzung derselben, beispielsweise durch den aktiven Austausch mit  
117 zivilgesellschaftlichen Expert\*innen aus dem Globalen Süden. Daran muss sich auch  
118 Hamburg orientieren!

119 Die Forschungsstelle setzt einen solchen Ansatz in ihrer Forschung bereits seit  
120 Jahren um, indem sie regelmäßig Forscher\*innen aus Ländern des Globalen Südens  
121 nach Hamburg einlädt, um hier zu Fragen des Kolonialismus in Hamburg und dessen  
122 Verbindungen in die Welt zu forschen. Gerade die Universität in Dar es Salaam  
123 spielt hier eine wichtige Rolle. Genau solche partizipativen Ansätze in einer  
124 Partnerschaft auf Augenhöhe, insbesondere zu kritischen Themen in Hamburgs  
125 Geschichte müssen verstärkt gefördert werden.

126 Wir fordern daher konkret:

- 127 • Als Grüne bekennen wir uns zur Verantwortung für die wissenschaftliche  
128 Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Hamburgs und wollen die  
129 Forschung zum (post)kolonialen Erbe in Hamburg und die Kooperationen mit  
130 dem globalen Süden stärken. Wir unterstützen unsere Senats- und  
131 Bürgerschaftsmitglieder dabei, sich weiterhin mit Nachdruck einzusetzen  
132 für die Fortführung und Verstetigung der Forschungsstelle „Hamburgs  
133 (post)koloniales Erbe.  
134 Dafür soll die Grundfinanzierung mindestens auf bisherigem Niveau erhalten  
135 bleiben. Ergänzend sollte kontinuierlich versucht werden, Bundesmittel  
136 einzuwerben. Wir wollen zudem, dass sich die Senats- und

- 137 Bürgerschaftsmitglieder weiterhin dafür stark machen, die Forschungsstelle  
138 im Rahmen der geplanten Profinitiative zum (post)kolonialen Erbe an der  
139 Uni Hamburg sichtbar zu erhalten..
- 140 • Sichtbare Erinnerungs- und Begegnungsorte überall dort, wo deutsche  
141 Kolonialgeschichte sich in Hamburg manifestierte (im Baakenhafen, im  
142 Harburger Binnenhafen, u.a.m.)
  - 143 • Kontextualisierung der bestehenden Denkmäler mit kolonialem Hintergrund  
144 wie beispielsweise des Bismarck-Denkmal. Dessen kommentarlose  
145 Restaurierung finden wir nicht akzeptabel.
  - 146 • Die Verankerung von Lehrkonzepten und Lerneinheiten zum Kolonialismus in  
147 Lehrplänen aller Hamburger Schulen und die Förderung von entsprechenden  
148 Fortbildungen für Lehrer\*innen.
  - 149 • Die Entwicklung von Lehrkonzepten und Lerninhalten zur Kolonialität des  
150 Kulturellen für die Hamburger Hochschulen (inkl. künstlerischer  
151 Hochschulen).
  - 152 • Erhöhung der bereitgestellten Mittel für Projekte in der  
153 Entwicklungszusammenarbeit durch die Senatskanzlei und andere Behörden um  
154 mindestens 10%, in der Senatskanzlei sollen jährlich mindestens 500.000  
155 EUR bereitgestellt werden.
  - 156 • Sicherstellung der Umsetzung einer dekolonialen Entwicklungszusammenarbeit  
157 bei Förderung von Projekten und Umsetzung mit Partnern in Dar es Salaam  
158 und anderen Städten, beispielsweise durch Anerkennung von kolonialen  
159 Kontinuitäten in der Entwicklungszusammenarbeit und der historischen  
160 Verantwortung Hamburgs für den Kolonialismus. Zudem soll die aktuell  
161 laufende Überarbeitung der Förderrichtlinien des Senats für Projekte in  
162 der Entwicklungszusammenarbeit sicherstellen, dass in den zukünftigen  
163 Richtlinien ein expliziter Fokus auf eine feministische, dekoloniale  
164 Entwicklungszusammenarbeit gelegt wird, durch die Vorgabe, dass mindestens  
165 70% der eingesetzten Mittel auf dieses Ziel hinarbeiten, beispielsweise  
166 durch die Anwendung gendertransformativer Ansätze oder die Unterstützung  
167 kritischer, dekolonialer Forschung in den Partnerstädten.